

Die Presse

OECD-EXPERTE

Später in den Ruhestand: „Unvermeidlich“

*Österreich solle sich nicht in
Sicherheit wiegen, dass es
nun länger keine Pensions-
debatte mehr geben werde,
sagt OECD-Sozialexperte
Christopher Prinz.*

VON MARTINA SALOMON

WIEN/PARIS. Österreich ist beim Beamtentum noch immer eine Insel der Seligen. Es gebe nicht nur besonders viele Staatsdiener, auch das Zurückdrängen der Pragmatisierung gehe langsamer als anderswo vor sich. Das sagt Christopher Prinz, Projektleiter für Sozial- und Arbeitsmarktstudien bei der OECD in Paris.

Überhaupt kein Verständnis hat der seit fünf Jahren bei der OECD tätige österreichische Forscher für das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs von letzter Woche, wonach Beamte auch in Frühpension ohne Ruhensbestimmungen dazu verdienen dürfen, weil ihre Pension nicht eine klassische „Versorgungsleistung“ wie bei ASVG-Angestellten sei. „Wir leben nicht mehr zu Zeiten Kaiser Franz Josephs. Ich dachte, mit der Pensionsharmonisierung sei diese Debatte vom Tisch“, sagt Prinz im „Presse“-Gespräch. Für den klassischen k.u.k.-Beamten galt ja, dass er jederzeit wieder in Dienst gestellt werden konnte.

Die Übergangsfristen für Beamte bis zur endgültigen Harmonisierung mit den ASVG-Pensionen findet Prinz zwar zu lang, dennoch sei die Reform gut: „Unglaublich, was da erreicht wurde.“ Die Österreicher dürften sich aber nicht in Sicherheit wiegen, dass das Pensionsthema damit für lange Zeit erledigt sei, so Prinz. „Die Diskussion über ein höheres Pensionsantrittsalter ist unvermeidlich.“

Teurer Luxus Landesbeamte

In Deutschland wird bereits über 67 Jahre geredet. In Österreich sinke das Pensionsalter sogar tendenziell wieder – durch einen größeren Run auf die Invaliditätspension. Ein Problem, das die Regierung zwar unter die Lupe nehmen will, aber offenbar nicht auf wissenschaftlicher Ebene. Denn an einer derzeit laufenden OECD-Studie zum Thema Invaliditätspension beteiligt sich Österreich nicht. Länder, die mitmachen, müssen bezahlen.

Ein großes Einsparvolumen sieht Prinz im Bereich der österreichischen Beamtenschaft. Eine Bundes- und neun Landesverwaltungen seien ein teurer Luxus, und dass man die Länder nicht zwingen könne, die Pensionsharmonisierung auch für ihre Bediensteten einzuführen, betrachtet er als Systemfehler.